

**Ortsamt Burglesum XVIII. Beirat**  
**Niederschrift über die 17. Beiratssitzung am 08. Januar 2013**  
- Verwaltungssaal von Friedehorst, Rotdornallee 64, Bremen -  
Beginn 19:00 Uhr, Ende 22:30 Uhr

Anwesend waren:

die Damen und Herren Beiratsmitglieder

R. Hennig, B. Köhlitz, I. Lauterbach-Wenig, H. Fricke, H. Große-Lindemann, A. Strausdat -

B. Hornhues (ab 19:20 Uhr), B. Strecker, H. Lürßen, M. Hornhues (bis 22:25 Uhr)-

B. Punkenburg, E. Friesen, U. Schnaubelt, Dr. H. Schmidtman –

A. Müller-Lang -

R. Tegtmeier -

F. Rath -

Herr Koch vom Bauamt Bremen-Nord

Herr Hürter vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

Frau Geppert vom Amt für Soziale Dienste

Herr Smidt vom Polizeirevier Lesum

Herr Dr. Tietje von der Methadonabgabestelle

Vorsitzender: Herr Ortsamtsleiter Boehlke

Protokoll: Frau Hell-Nogai

\*

## **A Öffentlicher Teil**

Herr Ortsamtsleiter Boehlke eröffnet die Sitzung.

Die vorgeschlagene Tagesordnung ist form- und fristgerecht zugegangen. Es wird folgende Ergänzung zur Tagesordnung vorgeschlagen:

Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion zum Thema „Kohleanlieferungen für das Kraftwerk Farge“.

Herr Boehlke lässt über die Dringlichkeit abstimmen. Das Ergebnis ist einstimmig. Der Antrag wird unter dem neuen Tagesordnungspunkt 6.3 beraten.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

### **TOP 1: Genehmigung des Protokolls vom 11.12.2012**

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

### **TOP 2: Wünsche und Anregungen der Bürger/innen**

**2.1** [REDACTED], erinnert an die Hochwasserschutzkonzeption, die noch nicht vorliegt.

**2.2** [REDACTED], der Heckenweg ist mit Rollator nicht mehr begehbar wegen störender Baumwurzeln.

### **TOP 3: Wünsche und Anregungen des Kinder- und Jugendbeirates**

-keine-

### **TOP 4: Vorstellung der neuen Referatsleitung Junge Menschen für Burglesum beim Sozialzentrum Nord Hierzu Frau Geppert, Amt für Soziale Dienste, Sozialzentrum Nord**

Der Vorsitzende begrüßt Frau Geppert. Sie stellt sich den Beiratsmitgliedern vor: Frau Geppert ist seit dem 01. November 2012 die neue Referatsleiterin beim Fachdienst Junge Menschen im Amt für Soziale Dienste und für den Stadtteil Burglesum zuständig. Jeder Stadtteil in Bremen-Nord hat nun seine eigene Referatsleitung. Zu Ihren Aufgaben gehören die Hilfe zur Erziehung, Kindeswohlsicherung, Kinder- und Jugendförderung, Kindertagesbetreuung. Querschnittsaufgaben sind u.a. Straffälligenhilfe, Streetwork, Schulverweiderprojekte, Ausbildungskoordination, der Kooperationskreis Gesundheit und die Ferienbetreuung. Außerdem ist Frau Geppert für Beratungen und Beschwerdemanagement zuständig. Ebenfalls arbeitet Sie mit dem Kinder- und Jugendnotdienst zusammen.

**Frau Fricke** möchte wissen, ob die Stunden für die Aufgabenerfüllung ausreichend sind. Frau Geppert äußert sich hierzu, dass die Stunden grundsätzlich ausreichend sind, es aber problematisch ist, wenn Kollegen krankheitsbedingt ausfallen, weil dann die Vertretung übernommen werden muss.

**Frau Punkenburg** erkundigt sich, was die Inhalte der Hilfe zur Erziehung sind. Frau Geppert erklärt, dass diese im Sozialgesetzbuch genannt sind. Hierzu gehören ambulante Unterstützungsmöglichkeiten, Beratung, Heimunterbringung und die Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen.

Herr Boehlke und die Beiratsmitglieder bedanken sich bei Frau Geppert für ihr Kommen und freuen sich auf eine gute Zusammenarbeit.

### **TOP 5: Neuaufstellung des Landschaftsprogramms / Frühzeitige TÖB-Beteiligung Hierzu Herr Hürter vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, Herr Koch vom Bauamt Bremen-Nord**

Der Vorsitzende begrüßt zunächst Herrn Koch vom Bauamt Bremen-Nord und Herrn Hürter vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr.

**Herr Boehlke** schildert die bisherigen Verfahrensschritte:

Das bislang geltende Landschaftsprogramm wurde 1987 aufgestellt und 1991 beschlossen. Die Anpassung erfolgt unter dem Leitbild „Bremen 2020 – lebenswert, urban und vernetzt“. Eine erste öffentliche Einwohnerversammlung für Burglesum, Blumenthal und Vegesack gab es bereits am 13. Mai 2009.

Der jetzige Entwurf beschreibt den Status quo und mögliche Maßnahmen für die Zukunft. Dies sorgte für viele Fragen bei den Bürgerinnen und Bürgern in den letzten Tagen: Sie befürchten u.a. vermeintliche Eingriffe in Privatflächen.

Es gibt offene Fragen zum Hochwasserschutz (welche Programme wurden berücksichtigt), zu Fristen bei der Bürgerbeteiligung und es besteht Klärungsbedarf, in welchem Verhältnis das Landschaftsprogramm zum Flächennutzungsplan steht. Daher bittet Herr Boehlke Herrn

Hürter, neben einer inhaltlichen Darstellung, auch den Zeitplan des weiteren Verfahrens zu schildern.

**Herr Hürter** erläutert den Verfahrensstand: Es handelt sich heute um eine frühzeitige Beteiligung. Das Landschaftsschutzprogramm und der Flächennutzungsplan sind eigenständige Verfahren. Die Verfahrensschritte laufen gleichzeitig.

Das Landschaftsprogramm ist Grundlage für den Flächennutzungsplan. Es ist nicht verbindlich, aber zu berücksichtigen. Im Gegensatz dazu ist der Flächennutzungsplan für die Behörde bindend. Bis zum 28. Februar 2013 können Bürger nichtförmlich Anregungen einbringen. Der Beirat hat diese Möglichkeit bis Ende März 2013.

Den Bürgern wird im Laufe des Jahres noch Gelegenheit gegeben, im Rahmen der öffentlichen Auslegung (voraussichtlich Sommer/Herbst) innerhalb eines Monats Einwendungen und Anregungen vorzubringen. Ziel ist der Beschluss im Jahr 2014.

**Herr Hürter** präsentiert nun das Landschaftsprogramm mittels Power-Point-Präsentation dem Beirat und dem Publikum (s. Anlage).

**Herr Tegmeier** möchte wissen, wohin der Anleger in Burg kommen soll und wann diese Maßnahme umgesetzt wird. Herr Hürter bestätigt, dass diese Maßnahme im Programm steht, kann aber keine Details nennen, weil sich die Planungen in einem Zeithorizont von 15 Jahren bewegen.

**Frau Schnaubelt** erkundigt sich, ob eine Bestandsaufnahme durchgeführt wurde. Sind Artenvorkommen wie Fledermäuse etc. untersucht worden? Herr Hürter ist sich nicht sicher. Wenn Maßnahmen durchgeführt werden, dann müsste es auch Untersuchungen geben.

**Herr Hennig** möchte wissen, ob er es richtig verstanden hat, dass das Landschaftsprogramm nicht in Konkurrenz zum Flächennutzungsplan steht? Herr Hürter bestätigt das. Es könnte theoretisch zu Flächenkonkurrenzen kommen, jedoch stimmen sich die Fachbereiche sehr intensiv ab. Der Flächennutzungsplan wiegt jedoch letzten Endes höher als das Landschaftsprogramm.

**Herr Hennig** fragt weiterhin, ob die Natur sich selbst überlassen wird oder ob regulierend eingegriffen wird? Herr Hürter sagt hierzu, dass die Ausgleichskonzeption vorsieht, vorrangig zu prüfen, was im besiedelten Bereich möglich ist. Eine Entsiegelung ist sehr teuer. Die Stadt muss im Einzelfall prüfen, ob Kosten übernommen werden. Im Innenbereich ist die Bereitschaft sicher größer, Ausgleich zu schaffen. Allerdings wird man ohne Maßnahmen in freier Landschaft nicht auskommen.

**Frau Hornhues** fragt nach der Finanzierbarkeit. Bremen befindet sich in einer Haushaltsnotlage, es ist zu wenig Geld für Bildung etc. da. Es ist natürlich dennoch wichtig, für die Umwelt etwas zu tun. Sie findet außerdem, dass die Bürger über mehr Detailinformationen in Bezug auf die einzelnen Landschaftsbereiche verfügen und hält es daher für wichtig, deren Eingaben abzuwarten. Sie sieht sich zur Zeit außerstande, eine umfassende Stellungnahme abzugeben.

**Frau Müller-Lang** stellt fest, dass die Rosenbeete im Stadtteil wegen fehlender finanzieller Mittel entfernt werden müssen. Sie möchte wissen, ob das Straßenbegleitgrün auch zum Programm gehört. Positiv würde sie es finden, wenn der Anleger in Bremen-Burg wieder kommt. Auch wenn diese Maßnahme nicht sofort umgesetzt werden kann, freut sie sich darüber und es wird auch viele andere freuen, dass es dann nicht nur am Lesumhafen einen Anleger gibt. **Frau Müller-Lang** möchte außerdem wissen, was mit der vorhandenen Landwirtschaft passiert. Soll sie erhalten bleiben? Welche Maßnahmen sieht das Handlungsprogramm vor und wie hoch sind die Finanzierungskosten. Was bedeutet "etc." in der Präsentation?

**Herr Hürter** beantwortet die Fragen wie folgt: Die Landwirtschaft und die ortsansässigen Betriebe sollen erhalten bleiben. Eine Grünlandpflege wäre sonst nicht möglich, die Kosten sind bereits jetzt zu hoch. Als Nebeneffekt wird die Artenvielfalt erhalten. Die Finanzierbarkeit ist von der politischen Prioritätensetzung abhängig. Kosten könnten jedoch zum Beispiel auch auf Vorhabenträger "abgewälzt" werden für Ausgleichsflächen oder Ersatzmaßnahmen.

**Frau Punkenburg** sieht das Landschaftsprogramm als ökologische Grundlage für den Flächennutzungsplan, dies muss nicht unbedingt in Konkurrenz zueinander stehen. Eine Abwägung und ein Ausgleich aller Interessen wird hoffentlich angestrebt.

**Herr Hürter** bestätigt die Aussage von Frau Punkenburg. Es gibt für den Plan ein neues Planzeichen: Grünschraffuren über Bauflächen bei besonders wichtiger Grün- und Freilandfunktion. Ziel ist es, trotz weiterer Verdichtung die Funktion von Grünflächen weiter zu erfüllen.

**Herr Hornhues** sieht die heutige Vorstellung des Programms als Auftakt für den Beirat an weiter im Planungsprozess mitzuarbeiten. Details können jedoch erst zu einem späteren Zeitpunkt erarbeitet werden. Heute kann man die Planungen zur Kenntnis nehmen, sie sollten im Umweltausschuss weiter beraten werden unter Mitnahme der Bürgeranregungen aus der heutigen Sitzung.

**Frau Schnaubelt** merkt an, dass Naturschutz nichts ist, was in einem halben Jahr entsteht, sondern dass es sich um langfristige Maßnahmen handelt. Wichtig ist, mit Betroffenen gegebenenfalls Alternativen zu finden und langfristige Ziele zu vereinbaren.

**Herr Friesen** dankt Herrn Hürter für den informativen Beitrag und begrüßt das Landschaftsprogramm. Er stellt fest, dass Naturschutz für einige ein "rotes Tuch" ist.

**Herr Dr. Schmidtman** ist dankbar für das Wort "Entsiegelung" und hofft, dass es sich hierbei in Zukunft um eine Maßnahme mit Priorität handelt. Wenn nur Empfehlungen mit dem Programm ausgesprochen werden, handelt es sich dann nicht um eine "stumpfe Waffe"?

**Herr Hürter** antwortet dahingehend, dass es sich um ein strukturiertes Verfahren wie bei dem Flächennutzungsplan handelt, der die Behörde bindet. Wenn es als Ziel der Landespolitik beschlossen wird, dann wird es auch umgesetzt.

#### Wortbeiträge aus dem Publikum:

■■■■■ möchte wissen, wie die eingezeichneten Überflutungen in den Plänen umgesetzt werden sollen. Sollen die Lesumdeiche niedriger werden, wird das Lesumsperrwerk nicht mehr so oft geschlossen? Herr Hürter bestätigt, dass, wenn man Flächen überfluten möchte, Öffnungen geschaffen werden müssen. Dies würde jedoch genau geregelt und durchgeführt werden. Der Hochwasserschutz hat jedoch in Bremen allerhöchste Priorität.

■■■■■ fragt außerdem, ob es Überlegungen gibt, dass sich Wassersportvereine durch finanzielle Anreize an einer Stelle konzentriert zusammen legen? Herr Hürter: Wenn die Wassersportvereine von sich aus etwas verändern möchten, weil sich Mitgliederzahlen verändert haben oder Anleger erneuert werden müssen, dann könnte man gemeinsame Überlegungen zu einer Bündelung der Anleger anstellen.

■■■■■ sieht die Notwendigkeit einer Flächenentsiegelung. Bereits 25% der Flächen sind belastet. Er möchte wissen, wo bereits erbrachte Leistungen der Bürger berücksichtigt werden.

■■■■■ möchte wissen, ob die Planungen des Landschaftsprogrammes mit dem Flächennutzungsprogramm koordiniert werden.

**Herr Hürter** teilt mit, dass bis 18. Februar 2013 Stellungnahmen zu beiden Programmen an die senatorische Behörde gerichtet werden können. Diese werden dann für das Ortsamt "aufbereitet". Die Pläne sind weitgehend koordiniert, haben aber unterschiedliche Rollen. Wo Ziele sich gegebenenfalls als unrealistisch erweisen, wird eine Planung eventuell auch zurückgenommen. In Bezug auf die Überschwemmungsbereichsgrenzen hat er großes Vertrauen in die Ingenieurskompetenz des zuständigen Fachreferates. Gezielte Fragen sollten an die zuständige Fachbehörde gerichtet werden.

■■■■■ hat zu Herrn Koldehove vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr kein Vertrauen. Er hat ihm auf die Frage, wo das Wasser bleibt in Bezug auf das Ihletal, geantwortet, dass man nicht an jeder Straßenecke jemanden zur Messung der Wassermengen hinstellen könne.

Solange von einer Wasserbehörde so eine "dumme Antwort" kommt, kann er dazu kein Vertrauen haben. Er ist darüber sehr enttäuscht.

■■■■■ befürchtet zudem, dass durch weitere Veränderungen an den Ufern die Deiche "kaputt" gehen.

**Herr Hürter** bestätigt, dass sehr genau geprüft werden muss, wo in Bremen Uferstrecken renaturiert werden können.

■■■■■ möchte wissen, wo der Unterschied zwischen extensiver und intensiver Bewirtschaftung liegt. Welche Einschränkungen ergeben sich für die Landwirtschaft?

**Herr Hürter** sagt hierzu, dass das Ziel wegen der langfristigen Perspektiven die Berechenbarkeit ist. Den Unterschied zwischen extensiver und intensiver Bewirtschaftung kann man nicht absolut sehen.

**Herr Boehlke** bietet an, aufgrund der umfangreichen Bedenken und wegen der fortgeschrittenen Zeit, bis 18. Februar 2013 schriftlich hierzu Stellungnahmen und Einwendungen beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr oder beim Ortsamt Burglesum einzureichen.

**Herr Hornhues** stellt den Antrag, die Beratung in den Umweltausschuss zu überweisen und dann dort Schwerpunktthemen für eine weitere Beratung festzulegen.

#### **Beschluss** (einstimmig)

Der Beirat überweist das Thema „Neuaufstellung des Landschaftsprogramms“ zur weiteren Beratung und zur Festlegung von Schwerpunktthemen in den Ausschuss für Umwelt, Tourismus, Sport und Vereine.

#### **TOP 6: Anträge**

##### **6.1 Container-Betriebe im Gewerbegebiet Steindamm**

##### **6.2 Verkehrsentwicklungsplanung Bremen-Nord**

##### **6.3 Dringlichkeitsantrag der SPD Fraktion**

„Kohleanlieferungen für das Kraftwerk Farge“

## 6.1 Container-Betriebe im Gewerbegebiet Steindamm

Diskussion der Beiratsmitglieder.

Ergebnis: Das im Beschlussvorschlag genannte Grundstück „Steindamm“ wird um die Hausnummer „35a“ ergänzt.

Zusätzlich eingefügt wird der Satz „Der Beirat erwartet zeitnah von den Fachreferaten einen Zwischenbericht über bisher durchgeführte Maßnahmen.“ und „Der Umweltbetrieb Bremen und die Leitstelle Saubere Stadt werden gebeten, einen optisch annehmbaren Pflegezustand des Straßenbegleitgrüns herzustellen und gegebenenfalls Müllansammlungen auf öffentlichen Grund zu beseitigen.“

### **Beschluss** (einstimmig)

Die zuständigen Fachreferate des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr sowie das Bauamt Bremen-Nord werden aufgefordert, die Einhaltung der bauordnungsrechtlichen Bestimmungen und die Einhaltung der geltenden Festsetzungen des Bebauungsplanes für die Grundstücke „Steindamm 21“ und „Steindamm 35a“ zu überprüfen und ggf. unverzüglich Maßnahmen zur Wiederherstellung einwandfreier bauordnungsrechtlicher Zustände zu ergreifen.

Darüber hinaus sind Sofort-Maßnahmen einzuleiten, die dazu geeignet sind, eine Beseitigung der Abfallansammlungen auf den oben genannten Grundstücken zu erreichen. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass aufgrund der Abfallansammlungen umweltgefährdete Stoffe in die Natur gelangen.

Der Beirat erwartet zeitnah von den Fachreferaten einen Zwischenbericht über bisher durchgeführte Maßnahmen.

Der Umweltbetrieb Bremen und die Leitstelle Saubere Stadt werden gebeten, einen optisch annehmbaren Pflegezustand des Straßenbegleitgrüns herzustellen und gegebenenfalls Müllansammlungen auf öffentlichen Grund zu beseitigen.

### Begründung:

Das Gewerbegebiet Steindamm ist eines von wenigen Gewerbegebieten im Stadtteil Burglesum und bietet noch Potenzial für die Ansiedlung von klein- und mittelständischen Betrieben. Ein geordnetes Erscheinungsbild für die Weiterentwicklung des Gebietes, unter Berücksichtigung und Einhaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen, ist daher von besonderer Bedeutung.

## 6.2 Verkehrsentwicklungsplanung Bremen-Nord

Der Beschlussvorschlag wird von Herrn Boehlke verlesen.

### **Beschluss** (einstimmig)

Der Regionalausschuss Bremen-Nord wird aufgefordert keine Beschlussfassung zu der vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr vorgestellten Verkehrsentwicklungsplanung vorzunehmen, sondern das Fachressort aufzufordern, den örtlichen Beirat in der rechtlich vorgeschriebenen Form rechtzeitig zu beteiligen.

### Begründung:

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr beabsichtigt, die Verkehrsbeziehungen innerhalb der Stadtgemeinde Bremen im Rahmen einer Verkehrsentwicklungsplanung neu zu

sortieren. Dabei sollen die örtlichen Belange Berücksichtigung finden. Aus diesem Grunde führt das Fachressort ein regionales Bürgerforum durch, um die Interessen der Bewohner Bremen-Nords zu erfahren. Daraus resultierend erfolgt eine Präsentation erster Planungsabsichten im Regionalausschuss Bremen-Nord.

Der Beirat Burglesum stellt fest, dass gem. § 10 Abs. 1 Ziff. 3 des Ortsgesetzes über Ortsämter und Beiräte der örtlich zuständige Beirat über verkehrslenkende Maßnahmen entscheidet, sofern diese stadtteilbezogen sind.

Darüber hinaus ist der örtlich zuständige Beirat zu beteiligen bei der Aufstellung von Stadt- und Entwicklungsplänen.

### **6.3 Dringlichkeitsantrag der SPD Fraktion „Kohleanlieferungen für das Kraftwerk Farge“**

Frau Punkenburg ist mit dem Passus „vor einer für alle zufrieden stellenden Klärung des Sachverhalts“ nicht einverstanden.

Frau Köhlitz schlägt vor, die Worte „für alle zufrieden stellenden“ zu streichen. Der Antrag wird mit der vorgeschlagenen Änderung einstimmig beschlossen.

#### **Beschluss** (einstimmig)

Die Farge-Vegesacker-Eisenbahn wird aufgefordert, vor einer Klärung des Sachverhalts keine Kohlentransporte auf dem Schienenstrang zwischen Vegesack und Farge durchzuführen.

Bei der Maßnahme handelt es sich um eine Angelegenheit von öffentlichem Interesse. Die Beiräte Burglesum, Vegesack und Blumenthal und vor allem die betroffene Bevölkerung sind vorab umfassend zu informieren und zu beteiligen.

#### Begründung:

Nach Erkenntnissen der SPD-Beiratsfraktion Burglesum soll ab Februar 2013 für das Kraftwerk Farge der GDF SUEZ Energie Deutschland eine Verlagerung der Steinkohleanlieferungen vom Wasser auf die Schiene mit ca. 16 Güterzügen wöchentlich stattfinden.

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr und der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen werden um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wird es eine Verlagerung der Kohleanlieferungen für das Kraftwerk Farge auf die Schiene geben?
2. Wie viele Güterzüge werden die Bahnstrecke zwischen Burglesum und Farge täglich / wöchentlich befahren?
3. Zu welchen Zeiten findet der Güterbahnverkehr statt?
4. Findet eine Beeinträchtigung der NWB-Verbindung Vegesack / Farge statt?
5. Wie hoch ist die Geräuschmission für die Anwohner der Bahnstrecke?
6. Welche Lärmschutzmaßnahmen sind geplant bzw. werden vor Aufnahme des Güterverkehrs durchgeführt?
7. Wurde dem Kraftwerk Farge bereits eine Genehmigung erteilt?
8. Wieso wurden die örtlich betroffenen Beiräte Burglesum, Vegesack und Blumenthal bislang an den Planungen nicht beteiligt?

**TOP 7: Mitteilungen des Ortsamtes**

- 7.1** **Herr Boehlke** verliest die Antwort des Senators für Wirtschaft und Häfen zum Beiratsbeschluss vom 11.12.2012 in Bezug auf die In-Job-Plätze im Alwin-Lonke-Quartier.
- 7.2** **Herr Boehlke** erinnert an die Beiratsrundfahrt am 19.01.2013: Das Programm wird in der kommenden Woche an alle Beiratsmitglieder verschickt.

**TOP 8: Mitteilungen der Beiratssprecherin**

-keine-

**TOP 9 Wünsche und Anregungen in stadtteilbezogenen Angelegenheiten (bitte möglichst schriftlich)**

- 9.1** **Herr Friesen:** Auf dem Verbindungsweg von der Straße Am Heidbergstift zur Halmstraße sind durch Niederschlag und Versackung im Wegebelaag einige Rillen und Auswaschungen des Pflasters entstanden.
- 9.2** **Herr Friesen:** Die Bänke im Ihletal in Burgdamm sollten dringend zum Frühjahr hergerichtet werden. Sie müssen gestrichen werden oder neue Bohlen erhalten. Nicht alle Bänke müssen erhalten werden.
- 9.3** **Herr Friesen:** Das Oberflächenwasser der Parzellen des Kleingartenvereins Lesum im Ihletal weicht den Wanderweg bei Regen (in Richtung Hindenburgstraße) auf.
- 9.4** **Herr Friesen:** Die Schutzgitter von der Bremerhavener Heerstraße und am Fußgängerweg ins Ihletal in Richtung Sportplatz sind stark angerostet, zum Teil eingewachsen. Die Begrenzungsgitter müssen gestrichen werden.
- 9.5** **Herr Friesen:** Der Fußweg vor der Straße Am Rastplatz in Höhe Haus Nr. 2c ist halbseitig von einer Hainbuchenhecke zugewachsen.
- 9.6** **Frau Müller-Lang:** Bemängelt die Befestigung des Fußweges abgehend von der Straße Am Grambker See bis zur Brücke über den Grambker See: Der Weg ist unbefestigt und der Untergrund „marode“. Bei Regen weicht er auf. Eine Beleuchtung ist ebenfalls nicht vorhanden. Der Weg wird viel genutzt, ist jedoch aufgrund der Beschaffenheit schwierig zu nutzen für Eltern mit Kinderwagen, Rollator- oder Gehhilfennutzer etc. Die zu befestigende Strecke beträgt ca. 20m. Auch eine Beleuchtung sollte aus Sicherheitsgründen installiert werden.

**Florian Boehlke**  
Vorsitzender

**Bettina Hornhues**  
Sprecherin des Beirates

**Sabine Hell-Nogai**  
Protokoll